

Morgenjournal
**Bildungsvolksbegehren: Heute Treffen der Fraktionsführer im Ausschuss
 dazu: Interview mit dem Initiator Hannes Androsch**

Stephan Kappacher
 Ö1, 16.05.2012, 7:00 Uhr

(Transkript)

In zwei Wochen wird der parlamentarische Sonderausschuss für das Bildungsvolksbegehren seine letzte Sitzung abhalten. Die Vertreter des Volksbegehrens erwarten konkrete Beschlüsse bei so heiklen Themen wie Gemeinsame Schule und einheitliche Bundeskompetenz bis hin zu den Kindergärten. Heute Mittag treffen einander die Fraktionsführer im Ausschuss. Sie wollen ausloten, was politisch machbar ist.

Die zentralen Forderungen des von knapp 400.000 Wahlberechtigten unterstützten Volksbegehrens sind politisch umstritten. Einmal können sich die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP nicht einigen, etwa wenn es um die Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen geht. Dann wiederum stehen vor allem die ÖVP-Landeshauptleute einem Weiterkommen im Weg, etwa bei der Schaffung einer einheitlichen Bundeskompetenz für alle Lehrer bei gleichzeitiger Stärkung der Autonomie für die Schulstandorte. Die Direktoren sollen bis hin zur Personalauswahl viel mehr zu reden haben als bisher. Die Länder wollen aber in Schulfragen weiter mitmischen, deshalb blockieren sie nicht nur die Kompetenzfrage, sondern auch die vom Volksbegehren geforderte Abschaffung des Parteienproporz in der Schulverwaltung – die Landes- und Bezirksschulräte sind per Verfassung parteipolitisch besetzt. Die Einrichtung moderner Bildungsdirektionen scheitert bisher wieder an der Frage: Haben dort die Länder oder hat dort der Bund das Sagen?

Eine weitere wichtige Forderung des Bildungsvolksbegehrens ist die Stärkung der Elementarpädagogik – die Kindergärten sollen ebenfalls in Bundeskompetenz übergehen, die Pädagogen in diesem Bereich sollen besser bezahlt und gemeinsam mit allen anderen Lehrern ausgebildet werden.

Nicht zuletzt sollen die Universitäten nachhaltig finanziell abgesichert werden, so die Volksbegehrensvertreter. Sie wollen sich jedenfalls nicht mit einer unverbindlichen Entschließung des Nationalrats an die Bundesregierung abspeisen lassen, sondern fordern konkrete Beschlüsse, auch mit einem Zeitplan für die Umsetzung der Forderungen, der die Regierung bindet.

Der Initiator des Bildungsvolksbegehrens, der Sozialdemokrat und Industrielle **Hannes Androsch**, macht vor den entscheidenden Ausschusssitzungen Druck für die Umsetzung der Forderungen. Der Nationalrat als Gesetzgeber und Verfassungsgesetzgeber dürfe sich nicht mehr von einer Minderheit von Blockierern erpressen lassen, sagt Androsch. Notfalls müsse man auch über blockierende Landeschefs einfach drüberfahren.

Das Parlament muss entscheiden. Und es kann da nicht der eine oder andere Landeshauptmann entscheiden und nicht der eine oder andere Gewerkschaftsboss – aus Motiven und Interessen, die mit der Bildung unserer Jugend und deren Zukunft nichts zu tun haben.

Ohne die ÖVP wird's nicht gehen, allein von den Stärkeverhältnissen her. Und die ÖVP hat Landeshauptleute, die da ganz konträre Positionen zum Volksbegehren vertreten. Wie soll denn das funktionieren?

Also die ÖVP ist da alles andere als einheitlicher Meinung. Und dass Einzelpersonen aus Prestige- oder Machtkalkül weiterhin Blockade, Verhinderung, also Machtmissbrauch betreiben, kann der ÖVP nur massiv schaden. Und irgendwann müssen die Koalitionsrücksichten diesbezüglich ein Ende finden.

Werfen Sie diesen Machtmissbrauch jetzt nur den schwarzen Landesfürsten – wenn man sie so nennt – vor, oder trifft das auch einen Michael Häupl in Wien zum Beispiel? Der hat sich auch nicht hervorgetan als großer Deblockierer.

Vorwerfen tu ich's allen, aber die Verteilung ist da doch ungefähr 3:1.

Das heißt, Sie wären sich sicher, dass Sie die ÖVP-Landeshauptleute auf Ihre Seite ziehen, dass die auch das akzeptieren würden, was Sie verlangen – nämlich dass der Nationalrat quasi über die Länder drüberfährt, weil er das ja kann als Verfassungsgesetzgeber?

Erstens kann er das, und weil er es kann, hat er die Verantwortung, daher ist er verpflichtet, das zu tun. Mir geht's nicht ums Drüberfahren. Wenn der niederösterreichische Landeshauptmann erkennen lässt, dass man ja auch Volksschule bis zwölf Lebensjahre haben kann, kommt er ja schon aus seiner Einbunkerung heraus. Und die Blockierer und Verhinderer auch im Gewerkschaftsbereich sind ja in einer hoffnungslosen Minderheit. Und es kann ja nicht sein, dass einige wenige da hier die Zukunft des Landes weiterhin in Geiselhaut halten. Sie haben es schon lang genug getan.

Sie haben mit dem SPÖ-Bundespartei vorsitzenden auch schon Gespräche über die Umsetzung des Volksbegehrens geführt. Wie hat Werner Faymann denn reagiert? Ist er da offen oder überwiegt bei ihm doch die Sorge um das gute Zusammenleben mit dem Koalitionspartner?

Diese Sorge kann ich ja verstehen. Nur, das hat Grenzen. Nota bene, wenn der Koalitionspartner in Wahrheit in sich völlig gespalten ist.

Was würden denn Sie als Vertreter des Volksbegehrens da noch beitragen dazu, dass man sich wirklich davor fürchten muss, wenn man jetzt nicht entscheidet?

Das werden die Vertreter des auf breiter Basis überparteilichen Volksbegehrens mit Sicherheit massivst – so intensiv wie möglich – in den Wahlkampf hineinbringen. Bist du für die Zukunft des Landes – und dafür ist die Bildung entscheidend – oder bist du rückwärtsgewandt und willst das verhindern.